

## I. Strategische Stoßrichtung Österreich

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Strategie der MB in ihren aufeinanderfolgenden Phasen dargestellt wurde, wird in diesem Kapitel analysiert, an welchem Punkt dieser strategischen Entwicklung die MB in Österreich derzeit steht. Darauf aufbauend wird im darauffolgenden Kapitel die Gefährdungslage analysiert, die sich aus der von der MB verfolgten Hybrid-Strategie für Österreich ergibt.

Wie Deutschland und die Niederlande gehört auch Österreich zu den westeuropäischen Ländern, in denen der Anteil türkeistämmiger Muslime aufgrund der Arbeitsmigration der 1960er- und 1970er-Jahre deutlich größer ist als jener arabischstämmiger Muslime. Daher ist die *Islamische Gemeinschaft Milli Görüş* (IGMG) in allen drei Ländern die größte politisch-islamische Organisation.

Für eine Analyse der Strategie der MB in Österreich ist es daher notwendig, den Blick über den engeren Kreis der MB hinaus insbesondere auf die türkische *Milli Görüş Bewegung* zu richten. In Österreich tritt sie unter der Bezeichnung *Islamische Föderationen* (IF) auf. Diese sind ein Regionalverband der IGMG, deren Zentrale sich in Köln befindet.<sup>434</sup>

Sowohl die MB als auch die *Milli Görüş Bewegung* gehören jener ideologischen Strömung an, die Bergeaud-Blackler als „Frérisme“ bezeichnet. Die IGMG teilt die ideologischen Grundannahmen der MB, orientiert sich strategisch an dieser und fungiert im europäischen Kontext als deren Partnerorganisation. Wie bereits auf Seite 114 f. ausführlich beschrieben, blicken die beiden Organisationen auf eine lange Geschichte der Zusammenarbeit zurück, die sich seit den 1990er-Jahren auch in organisatorischen Kooperationen auf nationaler, wie transnationaler Ebene manifestiert.<sup>435</sup>

Am Beispiel Österreichs lässt sich veranschaulichen, dass die zuvor beschriebenen Phasen ein idealtypisches Modell darstellen. In der Realität kann eine Strategie nicht gleichmäßig über die verschiedenen Handlungsfelder hinweg ausgerollt werden. Während sich die MB in einzelnen Handlungsfeldern noch mitten in der Einflussphase befindet, steht sie in anderen bereits an deren Ende oder sogar am Beginn der Destabilisierungsphase.

---

434 Heinisch, Çiçek, Vömel: Islamische Gemeinschaft, S. 155–162.

435 Ebd., S. 113–121.

## 1. Handlungsfeld: Civilization Jihad: Strategische Ziele

In Österreich befindet sich die MB mit Ausnahme einzelner Handlungsfelder in der zweiten Phase, der Phase der Einflussnahme. Nach wie vor ist zu beobachten, dass Organisationen und Akteure aus ihrem Umfeld vermeiden, öffentlich mit der MB in Verbindung gebracht zu werden und entsprechende Vorwürfe häufig juristisch bekämpfen. Im Gegensatz dazu bekennen sich die IF seit einigen Jahren offen zu ihrer Zugehörigkeit zur IGMG, nachdem sie diese zuvor stets bestritten und anderslautende Behauptungen auch juristisch bekämpft hatten.<sup>436</sup>

Die staatlich anerkannte *Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ) wird aktuell von den IF dominiert. Sie arbeitet offen mit der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet zusammen. Im Mai 2025 schlossen beide eine formelle Kooperationsvereinbarung ab.<sup>437</sup>

MB und IF haben in Österreich ein dichtes Netzwerk aus Vereinen und Institutionen aufgebaut und dominieren – begünstigt durch das Islamgesetz – den organisierten Islam im Land. Diese rechtlich abgesicherte Stellung verschafft ihnen erheblichen Einfluss auf Politik und Medien. Strategisch zielt die MB darauf ab, garantierte Freiheitsrechte so zu nutzen, dass muslimische Parallelmilieus geschützt und islamische Normen schrittweise in unterschiedlichen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen normalisiert werden.<sup>438</sup>

Im Unterschied zu Deutschland ist in Österreich jedoch seit rund einem Jahrzehnt ein zunehmender zivilgesellschaftlicher und politischer Widerstand gegen den politischen Islam zu beobachten. Diese Entwicklung beeinflusst sowohl die Handlungsspielräume der MB bei der Umsetzung ihrer Strategie als auch die Gesamtentwicklung politisch-islamischer Akteure im Land. Zu den zentralen staatlichen Maßnahmen zählen die Einrichtung der Dokumentationsstelle Politischer Islam (DPI)<sup>439</sup> im Jahr 2020, die Aufnahme der „Bekämpfung des politisch und religiös motivierten Extremismus“

---

436 Mena Watch: Wien: Gerichtliche Abfuhr für Islamverein, 3.3.2020: <https://www.mena-watch.com/gerichtliche-abfuhr-fur-islamverein/>; Siehe auch: <https://www.krone.at/2125532> [30.1.2026].

437 IGGÖ: IGGÖ und Diyanet unterzeichnen Memorandum of Understanding zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit, 5.5.2025: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20250505\\_OTS0151/iggoe-und-diyonet-unterzeichnen-memorandum-of-understanding-zur-vertiefung-ihrer-zusammenarbeit](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250505_OTS0151/iggoe-und-diyonet-unterzeichnen-memorandum-of-understanding-zur-vertiefung-ihrer-zusammenarbeit) [30.1.2026].

438 Taleb: Intolerant.

439 Angesichts der Pläne zur Gründung der DPI befürchteten MB-nahe Kreise „ihr Ende in Österreich“. Siehe: Maurer: „Das ist ihr Ende“.

in das Regierungsprogramm<sup>440</sup> sowie gesetzliche Eingriffe wie das Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum und das 2025 beschlossene Kopftuchverbot für unter 14-Jährige an Schulen. Diese Schritte haben politisch-islamische Akteure spürbar unter Druck gesetzt.

Obwohl noch keineswegs von einer kohärenten, langfristig angelegten Politik gegenüber dem politischen Islam gesprochen werden kann, zeigen sich die Auswirkungen dieser Maßnahmen in allen Handlungsfeldern.

## 2. Handlungsfeld: Organisation – Concept of Settlement

Unter Berufung auf das Islamgesetz von 1912 erreichte eine Gruppe von Muslimen rund um den *Moslemischen Sozialdienst* und die *Muslimische Studentenunion* im Jahr 1979 die staatliche Anerkennung der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ) als offizieller Dachverband und Repräsentationsinstanz der muslimischen Bevölkerung.

Die Neufassung des Islamgesetzes von 2015 modifizierte diese Rolle insofern, als sie die Möglichkeit einer konkurrierenden islamischen Religionsgemeinschaft zwar theoretisch offenließ, gleichzeitig jedoch hohe rechtliche Hürden für eine Anerkennung festschrieb. De facto bleibt die IGGÖ damit weiterhin die einzige staatlich anerkannte sunnitisch-islamische Religionsgemeinschaft in Österreich. Dieser Status ist mit weitreichenden institutionellen Privilegien verbunden, darunter insbesondere das Recht, den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zu organisieren.

In der Gründungsgeschichte der IGGÖ, die in die 1960er Jahre zurückreicht, finden sich mehrere Akteure aus dem Umfeld der MB.<sup>441</sup> In den folgenden Jahrzehnten lässt sich die ideologische Prägung der IGGÖ durch die MB immer wieder anhand von Beispielen nachweisen. So wurde von 1990 bis 2005 ein Hauptwerk des Chefideologen der MB, Yusuf al-Qaradawi, mit dem Titel „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ als Unterrichtsbefehl für den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen verwendet.<sup>442</sup> Ein weiteres Beispiel ist die von der IGGÖ gegründete, bereits erwähnte *Islamische Religionspädagogische Akademie* (IRPA), an deren Gründung nachweislich Akteure aus dem Umfeld der MB beteiligt waren.<sup>443</sup>

---

440 Bundeskanzleramt: Regierungsprogramm, S. 85.

441 Siehe Seite 38.

442 Heinisch, Vidino: Organisationen, S. 19–21.

443 Genauer ausgeführt auf Seite 91.

Mit dem Eintritt der ATIB-Union, die als österreichischer Ableger der staatlichen türkischen Religionsbehörde *Diyanet* den größten Moscheeverband in Österreich stellt, in die IGGÖ, verschob sich ab 2011 das Kräfteverhältnis innerhalb des Dachverbands. Seither dominieren türkische Organisationen, insbesondere ATIB-Union und die *Islamischen Föderationen*, die IGGÖ. Der derzeitige Präsident, Ümit Vural, stammt aus den IF und damit aus der *Milli Görüş Bewegung*.

Damit steht der politische Islam in Gestalt der MB-Partnerorganisation IGMG aktuell an der Spitze des organisierten Islam in Österreich und dominiert gesetzlich legitimiert das muslimische Vereins- und Gemeindeleben.

Parallel dazu hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein Netzwerk von Organisationen herausgebildet, das sich gegen Diskriminierung, „anti-muslimischen Rassismus“ oder „Islamophobie“ positioniert und zugleich als Lobbystruktur für „islamische Anliegen“ fungiert. Dieses Netzwerk diene wiederholt als Plattform für Kampagnen, die mit zentralen Narrativen der MB-Ideologie kompatibel sind. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist zudem eine zunehmende Ausrichtung dieses Milieus auf antiisraelische Mobilisierung zu beobachten, die in Teilen auch Positionen aufgreift, die mit pro-Hamas-Narrativen korrespondieren

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass politisch-islamische Strömungen in Österreich — begünstigt durch staatliche Rahmenbedingungen — die staatliche Anerkennung als Vertretung aller Muslime erlangt und ein umfassendes institutionelles Netzwerk etabliert haben, das in transnationale Strukturen der MB eingebunden ist. Damit hat die MB in Österreich in diesem Handlungsfeld die zweite Phase weitgehend abgeschlossen.

### 3. Handlungsfeld: Muslimische Bevölkerung

In Österreich hat die MB das strategische Ziel der zweiten Phase – die Positionierung an der Spitze des organisierten Islam – weitgehend erreicht. Akteure des politischen Islam nehmen in Österreich eine Scharnierfunktion zwischen muslimischer Gemeinschaft einerseits und Staat und Gesamtgesellschaft andererseits ein und können ihren Einfluss in alle Richtungen ausbauen. Demgegenüber ist die angestrebte Segregation der muslimischen Bevölkerung von der Mehrheitsgesellschaft sowie ihre Organisation als klar abgegrenzte identitäre Gemeinschaft bislang nur in Teilen gelungen. Der strategischen Ausrichtung der MB kommt jedoch das rasche Wachstum der

muslimischen Bevölkerung entgegen, das durch die Migrationsbewegungen seit 2015/16 zusätzlich beschleunigt wurde. Hinzu kommt, dass in nicht geringen Teilen dieser Bevölkerung kollektivistisch-identitäre sowie konservativ-fundamentalistische Islamverständnisse verbreitet sind, die zentrale Elemente der MB-Strategie strukturell begünstigen.

Im Verbund mit der *Milli Görüş Bewegung* hat die MB in Österreich bereits weitgehende innermuslimische Hegemonie erlangt. Mit der IGGÖ als rechtlich anerkannter Vertretung der Muslime verfügen beide gemeinsam über ein faktisches Monopol auf islamische Repräsentation. Andere Strömungen müssen sich unterordnen, ihre Legitimität wird infrage gestellt. Die wichtigsten Gremien innerhalb der IGGÖ werden von Funktionären aus ihrem Spektrum besetzt. Über den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und Koranunterricht in Moscheen haben sie maßgeblichen Einfluss auf die religiös-islamische Bildung.

Symptomatisch für die Verteidigung ihrer Monopolstellung war die Reaktion der IGGÖ auf die Gründung des *Muslimischen Forums Österreich* durch Mouhanad Khorchide im Jahr 2023. In einer Aussendung wurde kritisiert, dass dadurch eine Parallelstruktur „zu einer seit Jahrzehnten anerkannten Religionsgemeinschaft geschaffen werden“ solle. Mit der IGGÖ existiere bereits eine Ansprechpartnerin „für den Staat und seine Behörden, für die Zivilgesellschaft, Kirchen und Religionen.“<sup>444</sup>

Gleichzeitig sehen sich Organisationen des politischen Islam in Österreich mit einem wachsenden gesellschaftlichen Problembewusstsein hinsichtlich der Gefahren, die vom politischen Islam für eine freie und pluralistische Gesellschaft ausgehen, konfrontiert. Parallel dazu hat sich ein zunehmend kritisches, parteiübergreifendes politisches Umfeld herausgebildet, das die institutionellen und strategischen Handlungsspielräume, politisch-islamischer Akteure partiell einzuengen versucht, auch wenn noch keine konsistente Gegenstrategie erkennbar ist.

Die MB steht in diesem Handlungsfeld am Ende der zweiten Phase (Vorbereitung – Einflussnahme). Der Übergang in die dritte Phase ist jedoch derzeit gebremst, da partielle politische Gegenmaßnahmen und gesellschaftlicher Widerstand ihre strategischen Spielräume einengen.

---

444 IGGÖ: IGGÖ ad Islamkonferenz: Legitimation auf welcher Basis?, OTS vom 27.2.2023: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230227\\_OT0105/igg-oe-ad-islamkonferenz-legitimation-auf-welcher-basis](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230227_OT0105/igg-oe-ad-islamkonferenz-legitimation-auf-welcher-basis) [30.1.2026].

#### 4. Handlungsfeld: Gesamtgesellschaft

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist es der MB gemeinsam mit anderen politisch-islamischen Akteuren gelungen, die österreichische Öffentlichkeit schrittweise an eine sichtbare islamische Präsenz zu gewöhnen und ein essentialistisches Islambild zu etablieren, das zentralen Elementen ihrer normativen Ordnung entspricht. Dazu gehört unter anderem die verbreitete Vorstellung, eine „Muslimin“ sei typischerweise eine Frau mit Kopftuch, obwohl laut einer Studie aus dem Jahr 2017 nur etwa ein Drittel der Musliminnen in Österreich Kopftuch trägt. Diese Quote dürfte sich durch den Zuzug konservativer Milieus aus arabischen Staaten und Afghanistan in den vergangenen Jahren zwar erhöht haben, aber die Mehrheit der Musliminnen trägt nach wie vor keines. Dessen ungeachtet wird in Publikationen aus Kreisen der IGGÖ die Muslimin in aller Regel als Frau mit Kopftuch gezeigt.<sup>445</sup> Das gilt auch für Organisationen wie die IF oder die MB. Die Bedeutung, die dem Kopftuch zugemessen wird, zeigte sich im Jahr 2017, als der aus der *Milli Görüş Bewegung* stammende Mufti der IGGÖ eine Kopftuch-Fatwa mit dem Titel „Kopftuch-Gebot“ erließ. Darin heißt es: „Für weibliche Muslime ab der Pubertät ist in der Öffentlichkeit die Bedeckung des Körpers, mit Ausnahme von Gesicht, Händen und nach manchen Rechtsgelehrten Füßen, ein religiöses Gebot (*fard*) und damit Teil der Glaubenspraxis.“<sup>446</sup>

Die MB und ihr Umfeld versuchen, durch ostentative Religionsbekundungen ein essentialistisches und identitäres Leitbild der „wahren Muslimin“ bzw. des „wahren Muslims“ in der Öffentlichkeit zu verankern. Zu diesem normativen Repertoire zählen neben dem Kopftuch auch Praktiken wie Halal-Ernährung oder das Fasten im Ramadan. Letztlich werden alle Formen islamischer Glaubenspraxis von der MB als sichtbare Marker religiöser Identität genutzt, politisch aufgeladen und strategisch eingesetzt.

Zum Erfolg dieses Narrativs haben auch muslimische Organisationen und Aktivistinnen beigetragen, die sich im Jugend- und Antidiskriminierungsbereich gegen „Islamophobie“ und „Islamfeindlichkeit“ engagieren und in der NGO-Landschaft Fuß fassen konnten. Organisationen wie die

---

445 Siehe etwa das Buch der damaligen Pressesprecherin der IGGÖ, Carla Amina Baghajati, „Muslimin Sein“: [https://www.tyroliaverlag.at/item/Muslimin\\_sein/Carla\\_Amina\\_Baghajati?isbn=9783702234294](https://www.tyroliaverlag.at/item/Muslimin_sein/Carla_Amina_Baghajati?isbn=9783702234294) [30.1.2026].

446 <https://web.archive.org/web/20170305110929/http://www.derislam.at/?c=content&p=beitragdet&v=beitraege&cssid=Stellungnahmen&navid=1180&par=50&bid=53> [30.1.2026].

*Muslimische Jugend Österreich* oder die *Dokustelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus*, die beide ein Naheverhältnis zum politischen Islam aufweisen,<sup>447</sup> werden von Medien, vielen Politikern und staatlichen Institutionen als Ansprechpartner für muslimische Anliegen wahrgenommen. Damit ist ein Zugewinn an institutioneller Glaubwürdigkeit verbunden.

Personen mit ideologischer Nähe zum politischen Islam finden sich in politischen Parteien und staatlichen Institutionen, was zusätzliche Einflussmöglichkeiten eröffnet.

Politisch islamische Organisationen profitieren von der demografischen Entwicklung und der Entstehung von Parallelgesellschaften in einigen Stadtvierteln. Der wachsende Anteil muslimischer Wählerinnen und Wähler wird von einigen politischen Parteien zunehmend als potenzielle Wählerbasis wahrgenommen, sodass Kontakte zum organisierten Islam als Möglichkeit politischer Mobilisierung genutzt werden. In anderen europäischen Ländern, etwa in Großbritannien, ist diese Entwicklung mit Kampagnen wie „Muslim Vote“, bei der Parteien genötigt werden, in einzelnen Wahlkreisen Kandidaten aus dem Umfeld politisch-islamischer Organisationen aufzustellen, bereits deutlich weiter fortgeschritten. Damit gewinnen derartige Akteure einen bislang schwer abschätzbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse, ein Einfluss, der sich bereits auf kommunaler Ebene und in einzelnen Bundesländern beobachten lässt.

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist es der MB und ihrem Netzwerk gelungen, den von ihnen propagierten Islam als maßgebliche Referenzversion zu positionieren und einzelne islamische Normen im öffentlichen Raum zu verankern. Dazu zählen etwa die Einführung von Halal-Verpflegung in Schulen und Kantinen oder wiederkehrende Debatten über geschlechtergetrennte Schwimmzeiten für muslimische Frauen in öffentlichen Bädern.

Die starke Zuwanderung aus mehrheitlich muslimischen Ländern zeitigte in Österreich sichtbare gesellschaftliche Veränderungen, aber anders als in mehreren europäischen Staaten hat sie bislang nicht zu vergleichbaren gesellschaftlichen Verwerfungen geführt. Vor diesem Hintergrund befindet sich die MB in diesem Handlungsfeld an der Schwelle zwischen der Phase der Einflussnahme und dem Übergang in die Destabilisierungsphase

---

447 Heinisch, Vidino: Organisationen, S. 31 f. Zur Dokustelle siehe die parlamentarische Anfrage im EU-Parlament: [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-10-2024-002469\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-10-2024-002469_DE.html) [30.1.2026].

## 5. Handlungsfeld: Bildung

Im Handlungsfeld „Bildung“ zeigt sich ein ambivalentes Bild. Im universitären Bereich finden sich, anders als in vielen anderen westlichen Ländern, keine nennenswerten Kooperationen österreichischer Hochschulen mit katarischen oder türkischen Bildungseinrichtungen. Auch die von der MB geprägten Nahost-Narrative haben an österreichischen Universitäten nicht in vergleichbarem Ausmaß Fuß gefasst wie etwa an amerikanischen, deutschen oder italienischen Hochschulen, obwohl diesbezügliche Entwicklungen auch in Österreich zu beobachten sind.

Der MB und ihr nahestehenden Organisationen ist es gelungen, eigene Bildungsstrukturen aufzubauen, bislang allerdings ausschließlich in Wien. Die IF betreiben dort Kindergärten, eine Volksschule, eine Mittelschule und ein Realgymnasium und können damit den gesamten Bildungsweg vom Kindergarten bis zur Universitätsreife abdecken. Das Ausmaß dieser Strukturen ist jedoch im Verhältnis zur Größe der Organisation bislang begrenzt.

Hinzu kommt das unerforschte Feld des Koranunterrichts an Moscheen und deren Lernhilfeangebote. Was dort gelehrt wird, entzieht sich weitgehend der Beobachtung. Lehrkräfte berichten jedoch regelmäßig, dass Schülerinnen und Schüler mit fundamentalistischen Positionen auffallen und auf Nachfrage angeben, diese in der Moschee vermittelt bekommen zu haben.<sup>448</sup>

Über den Religionsunterricht wirken politisch islamische Akteure unmittelbar in öffentliche Schulen hinein. Das betrifft einerseits das verwendete Lehrmaterial. Bis 2005 wurde, wie bereits erwähnt, das Buch „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ des Spiritus Rector der MB, Yusuf al-Qaradawi, als Unterrichtsbehelf für den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen verwendet. Im Juni 2019 waren Schulbücher in Gebrauch, bei deren Herausgeberin es sich um Amena Shakir handelte, die ein Naheverhältnis zur Muslimbruderschaft aufweist.<sup>449</sup> Gutachter der Schulbücher forderten eine Ent-Ideologisierung dieser Bücher, in denen an mehreren Stellen Texte von Autoren aus dem Spektrum des politischen Islam zu

---

448 Adamek: *Scharia-Kapitalismus*, 130 ff.; Klar: *Schulen*, S. 146 f.; Wiesinger, *Kulturkampf*, S. 85 f.

449 Heiko Heinisch: *Im Dunstkreis der Muslimbruderschaft?*, in: *Kurier*, 4.3.2015: <https://kurier.at/meinung/im-dunstkreis-der-muslimbruderschaft/117.506.603> [30.1.2026].

finden waren.<sup>450</sup> Hinzu kommt, dass die IGGÖ das Tragen eines Kopftuchs zur Voraussetzung für die Anstellung von Religionslehrerinnen im Schuldienst macht.<sup>451</sup>

Seit Jahren häufen sich Hinweise darauf, dass sich unter Jugendlichen eine zunehmend religiös-fundamentalistische Haltung ausbreitet. „Wir erleben an den Schulen eine schleichende Veränderung“, schrieb die Lehrerin Susanne Wiesinger bereits 2018.<sup>452</sup> Lehrerinnen berichten von abwertenden Haltungen aufgrund ihrer Kleidung, muslimische Väter verweigern Gespräche mit Lehrerinnen, islamische Religionslehrerinnen empfehlen Schülerinnen das Kopftuch, immer mehr Mädchen tragen es aus Angst vor Beschimpfungen und Drohungen seitens selbsternannter Sittenwächter. Zudem nehmen Forderungen nach Gebetsräumen zu, Schultoiletten werden für rituelle Waschungen genutzt, Schüler beten demonstrativ im Schulbereich<sup>453</sup> und verweigern bestimmte Unterrichtseinheiten. Während des Ramadans kommt es vermehrt zu spezifischen Konflikten.

2023 warnte der Lehrgewerkschafter Thomas Krebs vor einer Radikalisierung an Wiener Schulen. Schülerinnen und Schüler würden zunehmend politisch- und religiös-extremistische Ansichten vertreten, den Rechtsstaat verhöhnen und antisemitisches sowie frauenfeindliches Verhalten zeigen.<sup>454</sup>

Zuletzt meldete sich mit Barbara Gmeiner eine Schuldirektorin einer Grazer Volksschule zu Wort, deren Schüler und Schülerinnen zu rund 80 % einen muslimischen Familienhintergrund aufweisen, und berichtete von Kindern, die nicht neben einem Christen sitzen wollen, von Eltern, die sich über einen Christbaum in der Klasse beschwerten und über Beschimpfungen und Bedrohungen durch Eltern.<sup>455</sup>

---

450 Jan Thies, Gerald Gartner: „Islamstunde“: Propagandaheft für den politischen Islam?, in: Addendum, 17.6.2019: <https://web.archive.org/web/20191119162819/https://www.addendum.org/islamlehrer/islamstunde-politischer-islam/> [30.1.2026].

451 Johanna Kreid: Muslima legte Kopftuch ab: "Dann bist du plötzlich eine Nutte", in: Kurier, 17.3.2023: <https://kurier.at/chronik/wien/muslima-legte-kopftuch-ab-dann-bist-du-plotzlich-eine-nutte/402367860> [30.1.2026].

452 Wiesinger: Kulturkampf, S. 46.

453 Ebd., 51 f., 63, 67 ff.

454 MeinBezirk Wien: Lehrgewerkschafter warnt vor Radikalisierung an Wiener Schulen, 4.11.2023: [https://www.meinbezirk.at/wien/c-lokales/lehrgewerkschafter-warnt-vor-radikalisierung-an-wiener-schulen\\_a6359615](https://www.meinbezirk.at/wien/c-lokales/lehrgewerkschafter-warnt-vor-radikalisierung-an-wiener-schulen_a6359615) [30.1.2026].

455 Bernd Hecke: „Wir werden beschimpft, beleidigt und bedroht“. Interview, in: Kleine Zeitung, 18.9.2025: <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/20105935/wir-werden-beschimpft-beleidigt-und-bedroht> [30.1.2026].

Diese Probleme sind nicht neu. Eine unter der Leitung von Edit Schlaffer durchgeführte Studie des Bildungsministerium aus dem Jahr 2010 („Zusammen Leben Lernen in der Schule“) stellte eine tiefe Kluft zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund fest. Besonders das Leben muslimischer Jugendlicher sei stark von Familie, Religion und Ehrvorstellungen geprägt und unterscheide sich deutlich von der gesellschaftlichen Realität außerhalb des Elternhauses. Anstatt die Probleme ernst zu nehmen, entschloss man sich im Ministerium, die Details nicht öffentlich zu machen und die Studie zurückzuhalten.<sup>456</sup>

Auch im Handlungsfeld Bildung kommt der MB und ihr nahestehenden Organisationen die demografische Entwicklung entgegen, die sich auf die Zusammensetzung der Schulklassen auswirkt. In immer mehr Wiener Schulklassen weisen über 80 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf, davon kommen rund zwei Drittel aus muslimischen Familien;<sup>457</sup> über die Hälfte der Schulanfänger in Wien spricht nicht ausreichend Deutsch.<sup>458</sup> Dies führt in den betroffenen Regionen zu dysfunktionalen Schulen, die ihren gesetzlichen Bildungsauftrag nicht mehr vollumfänglich erfüllen können.

Im Handlungsfeld „Bildung“ befindet sich die MB daher am Beginn der Destabilisierungsphase.

## 6. Handlungsfeld: Staat und staatliche Institutionen

Die MB tritt integrationsbereit und gesetzestreu auf, sucht aktiv den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern und verfügt über Anhänger und Sympathisanten, die in staatliche Institutionen vordringen.

Wie bereits zuvor dargestellt, finden sich in mehreren österreichischen Parteien Mitglieder der *Milli Görüş Bewegung*. Darüber hinaus haben einige NGOs, die dem politischen Islam nahestehen, Kontakte in verschiedene Ministerien und staatliche Institutionen aufgebaut. Sie können dort ihre Anliegen vorbringen, erhalten Fördermittel und werden mitunter eingela-

---

456 Die Presse: Studie: Parallelgesellschaft beginnt an Schule, 6.7.2010: <https://diepresse.com/home/bildung/schule/579314/Parallelgesellschaft-beginnt-an-Schule> [30.1.2026].

457 Kramsl: Bezirken.

458 Jeannine Hierländer: „Und dann bekommen sie eben zwei, drei Kinder“: AMS-Managerin spricht Klartext über die Sozialhilfe für geflüchtete Frauen, in: Die Presse, 29.1.2026: <https://www.diepresse.com/20518811/und-dann-bekommen-sie-eben-zwei-drei-kinder-ams-managerin-spricht-ueber> [14.2.2026].

den, Workshops an Schulen abzuhalten. Selbst in der Extremismusprävention und der Deradikalisierung von Dschihadisten begegnet man immer wieder Personen und Organisationen mit Nähe zum politisch-islamischen Spektrum.

Das jüngste Beispiel für die Vernetzung politisch-islamischer Akteure mit staatlichen Institutionen ist eine Kampagne gegen das Kopftuchverbot für unter 14-jährige Mädchen in Schulen. Auf einer Pressekonferenz trat die Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, einer im *Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung* (BMFWF) angesiedelten staatlichen Institution, gemeinsam mit Aktivistinnen auf, die zum Teil ein Naheverhältnis zum politischen Islam aufweisen, beziehungsweise aus einer Organisation stammen, die vom *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands* als antisemitisch eingestuft wurde.<sup>459</sup>

Der weiter oben beschriebene Fall eines Mitarbeiters der *Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst* (DSN), der im Verdacht steht, Informationen an Mitglieder der MB weitergegeben zu haben,<sup>460</sup> zeigt exemplarisch, dass das Netzwerk der MB aktiv versucht, staatliche Institutionen und die Verwaltung zu infiltrieren.

In diesem Handlungsfeld befindet sich die MB in Österreich in der Phase der Einflussnahme.

## 7. Handlungsfeld: Kommunikation

Die Erweiterung des MB-Netzwerks in den 1990er- und 2000er Jahren war mit einer deutlichen Professionalisierung seiner Kommunikationsstrategien verbunden. Das Geflecht aus Jugend-, Frauen-, Bildungs- und weiteren Teilorganisationen schafft die strukturelle Voraussetzung, unterschiedliche gesellschaftliche Segmente jeweils mit zielgruppenspezifischen Botschaften anzusprechen. Hinzu kommt ein thematisch fokussierter Aktivismus gegen „Islamophobie“ bzw. „antimuslimischen Rassismus“ mit dem Akteure aus dem MB-Umfeld Anschluss an ein NGO-Netzwerk im Bereich Antirassismus und Antidiskriminierung gefunden haben. Auf diese Weise erlangen sie zunehmend Gatekeeper-Funktionen gegenüber muslimischen Communitys. Diese Position entfalten sie nicht nur gegenüber religiösen und zivil-

---

459 Heute: Kopftuch-Streit – Wirbel um umstrittene Pressekonferenz, 16.2.2026; <https://www.heute.at/s/kopftuch-streit-wirbel-um-umstrittene-pressekonferenz-120162627> [30.1.2026].

460 Der Standard: Amtsmissbrauchsverdacht; Die Presse: Maulwurf.

gesellschaftlichen Akteuren – etwa Kirchengemeinden, Jugendverbänden oder Teilen der politischen Linken –, sondern auch gegenüber politischen Parteien, Medien, staatlichen Institutionen und Entscheidungsträgern.

Viele Medien betrachten Akteure aus diesem Spektrum als erste Adresse, wenn es um Fragen des Islam oder der Integration geht. Dieses Muster beruht in den meisten Fällen nicht auf einer bewussten inhaltlichen Präferenz, sondern auf einem strukturellen Defizit. In zahlreichen Redaktionen fehlt es, anders als im Bereich des Rechtsextremismus, an belastbarer Expertise zu islamisch-religiösem Extremismus und seinen Akteuren, insbesondere im Bereich des legalistischen Islamismus. Diese Wissenslücke wird vom Netzwerk der MB genutzt.

Innerhalb dieses Rahmens wird ein konsistentes Opfernarrativ strategisch eingesetzt, das Muslime, historisch wie gegenwärtig, ausschließlich als unterdrückte Gruppe darstellt.<sup>461</sup> Dieses Narrativ dient dazu, moralischen Druck aufzubauen und Kritik an Akteuren des politischen Islam oder an problematischen Entwicklungen innerhalb muslimischer Communitys als illegitim erscheinen zu lassen. Zugleich ist es dem Netzwerk gelungen, einzelne Journalistinnen und Journalisten für eine wohlwollende oder schützende Berichterstattung über Akteure des politischen Islam zu gewinnen

Webauftritte und Social-Media-Kanäle wurden professionalisiert und massiv ausgebaut. Zudem erreichen sowohl Al-Jazeera als auch TRT die Wohnzimmer und Handy-Displays der in Österreich lebenden Muslime. Online-Inhalte der beiden Sender werden von Aktivisten und Anhängern über soziale Medien weiterverbreitet. Ein Beispiel hierfür ist der österreichische Politikwissenschaftler Farid Hafez, der regelmäßig für beide Portale schreibt. In einem Beschluss des Europäischen Parlaments, in dem es um strengere Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln geht, wird er als Person erwähnt, die „eng mit der Muslimbruderschaft und der türkischen Regierung verbunden ist“.<sup>462</sup>

Unterstützung und Einflussnahme aus dem Ausland, insbesondere von jenen Staaten, die die MB offen unterstützen wie Katar, Kuwait und die Türkei, ist in Österreich nachweisbar. Die DPI weist in ihrem Jahresbericht 2024 darauf hin, dass türkische Einflussoperationen und damit verbundene

---

461 Scholz, Heinisch: Allah, S. 70 f.

462 Europäische Parlament, Entschließungsantrag vom 29.4.2021, Ordnungsnummer 394: [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0164\\_DE.html#title8](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0164_DE.html#title8) [30.1.2026].

Mediennetzwerke, die unter anderem pro-Hamas- und andere islamistische Narrative verbreiten, weiterhin ein zentrales Problem darstellen.<sup>463</sup>

Es liegen zwar keine eindeutigen Hinweise auf direkte Kooperationen österreichischer Medien mit Katar vor, die über Werbeeinschaltungen wie „Visit Qatar“ oder *Qatar Airways* hinausgehen, aber insbesondere nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 wurde der Einfluss des MB-nahen Senders al-Jazeera auf die Medienberichterstattung deutlich. Anders als gegenüber russischen Staatsmedien fehlt gegenüber dem katarischen Staatssender eine kritische Distanz.

In diesem Handlungsfeld befindet sich die MB in der Phase der Einflussnahme. Das strategische Ziel besteht darin, die Deutungshoheit über den Islam- und Integrationsdiskurs zu erlangen. Von einer tatsächlichen Dominanz ist das Netzwerk der MB jedoch weiterhin deutlich entfernt.

## 8. Handlungsfeld: Wirtschaft

Die MB und ihr nahestehende Organisationen und Personen betätigen sich wirtschaftlich in verschiedenen Bereichen, wie etwa der Halal-Zertifizierung, dem Betreiben privater Kindergärten und Schulen, Einzelhandel, Gastronomie und im Immobiliensektor. Der Nachweis, ob bestimmte Unternehmen zum Wirtschaftskonglomerat der MB gehören oder ob sie als Privatbesitz einzelner Unternehmer nichts mit dem Netzwerk zu tun haben, ist nahezu unmöglich (siehe Seite 107).

Gemäß § 12 Abs. 1 IslamG 2015 besitzt die IGGÖ das Recht, Halal-Zertifizierer zu akkreditieren<sup>464</sup> und verfügt damit über eine institutionelle Oberhoheit über den österreichischen Halal-Markt.

Im Immobiliensektor geht es vor allem um das Eigentum an Moscheen, deren Finanzierung häufig nicht transparent ist. Bereits im Dezember 2013 gründete die *Milli Görüş Organisation* in Österreich, die IF, – analog zu anderen Ländern, in denen die IGMG aktiv ist – die *Immobiliengemeinschaft der Muslime in Österreich* (IGMÖ). In ihr wurde das Immobilienvermögen der IF gebündelt, das sich zuvor im Besitz der einzelnen Moscheevereine befand.<sup>465</sup> Laut Recherchen des Magazins *News* aus dem Jahr 2017 verfügt

---

463 Jan-Markus Vömel: Die AKP und ihr Verhältnis zur Muslimbruderschaft, in: Dokumentationsstelle Politischer Islam: Jahresbericht 2024, Wien 2025, S. 45–52, 52.

464 IGGÖ: Halal Department und IGGÖ Dienstleistungs GmBH: <https://www.derislam.at/halal> [30.1.2026].

465 Heinisch, Cicek, Vömel: Islamische Gemeinschaft, S. 161.

die IGMÖ über ein Immobilienvermögen von mindestens sechs Millionen Euro. Der Artikel weist explizit daraufhin, dass bei der Berechnung nicht alle Immobilien erfasst worden seien.<sup>466</sup>

In vielen Fällen liegt eine finanzielle Unterstützung aus dem Ausland nahe, insbesondere aus Katar und der Türkei. Die geleakten *Qatar Papers* zeigen etwa, dass die *Islamische Vereinigung in Österreich – Hidaya-Moschee*, eine Organisation aus dem Umfeld der MB, mit Unterstützung der IGGÖ in Katar um finanzielle Hilfe angesucht hatte.<sup>467</sup> Die Zentrale der IGMG wiederum sammelt im Rahmen internationaler Spendenkampagnen weltweit in ihren Moscheen Gelder für eigene Bauprojekte. Die Spendengelder aus aller Welt fließen zunächst in der IGMG-Zentrale in Köln zusammen und werden von dort aus einzelnen Bauprojekt zur Verfügung gestellt. Daher können die österreichischen Behörden die Herkunft der Gelder nicht zurückverfolgen und somit kann nicht ausgeschlossen werden, dass der türkische Staat an der Finanzierung österreichischer Moscheen beteiligt ist. Zumindest eine Moschee in Österreich wurde nachweislich auf diesem Weg finanziert.<sup>468</sup>

Unterstützerstaaten wie Katar oder die Türkei nutzen, wie in Phase 2 unter „Wirtschaft“ beschrieben, ihre ökonomischen Ressourcen, um politischen Einfluss in Europa auszuüben. Durch die Energiekrise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine, erhöhte sich die Abhängigkeit Österreichs von Katar als bedeutendem LNG-Lieferanten.<sup>469</sup>

Die ökonomischen Aktivitäten der MB, der *Milli Görüş Bewegung* sowie ihrer Unterstützerstaaten dienen derzeit in erster Linie der Finanzierung und Stabilisierung der organisatorischen Strukturen. Zugleich wird die ökonomische Potenz seit einigen Jahren im Rahmen einer jährlich von den *Islamischen Föderationen* (IF) veranstalteten Kultur- und Unternehmermesse genutzt, um Kontakte in die Politik, zu Landräten, Bürgermeis-

---

466 Stefan Melichar: Die Millionen hinter der Imam-Schule, in: NEWS, 11.09.2017: <https://www.news.at/a/die-millionen-hinter-der-imam-schule-8297004> [30.05.2022].

467 Christian Chesnot, Georges Malbrunot: Qatar Charity. So beeinflusst der Golfstaat den Islam in Europa, Wien 2020, S. 299 ff.

468 Heinisch, Cicek, Vömel: Islamische Gemeinschaft, S. 144, 162.

469 David Freudenthaler: Deutschland geht das Gas aus – und Österreich?, in: Die Presse, 4.2.2026: <https://www.diepresse.com/20543658/leere-speicher-weniger-lng-lieferungen-deutschland-geht-das-gas-aus> [5.2.2026].

tern und Vertretern von Wirtschafts- und Arbeiterkammer aufzubauen und zu pflegen.<sup>470</sup>

Die gegenwärtigen ökonomischen Kapazitäten sind jedoch noch weit davon entfernt, ein eigenständiges Machtinstrument in den Händen der MB und ihres Umfelds zu sein. In diesem Handlungsfeld befindet sich die MB daher in der zweiten Phase, der Phase der Einflussnahme.

## 9. Handlungsfeld: Kooperationen und Allianzen

Die MB festigt bestehende Allianzen mit gesellschaftlich relevanten Akteuren, darunter NGOs, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und politischen Parteien, und baut diese strategisch aus. Themen wie Rassismus, Diskriminierung, Minderheitenschutz oder Teilhabe erleichtern den Zugang zu linken NGO-Netzwerken und fördern Kooperationen mit Kirchen und christlichen Institutionen. Über diese Kooperationen versuchen Akteure des politischen Islam eigene Anliegen breiter aufzustellen, islamische Normvorstellungen diskursiv aufzuwerten und Kritik und öffentliche Debatte über den politischen Islam und Missstände in muslimischen Communities abzuwehren.

Die Wirksamkeit solcher Kooperationen zeigt sich 2026 exemplarisch in der bereits erwähnten Kampagne gegen das beschlossene Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren an Schulen. Die dafür geschmiedete Allianz reicht von linksextremen Splittergruppen über Akteure aus dem politisch-islamischen Spektrum, über die Anti-Rassismus-Organisation *ZARA – Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit* bis hinein in staatliche Institutionen in Gestalt der Gleichbehandlungsanwaltschaft im BMFWF.<sup>471</sup> Es darf wohl als einmalig gelten, dass es Organisationen aus dem Umfeld des politischen Islam gelungen ist, eine in einem Ministerium angesiedelte staatliche Institution gegen ein im Parlament beschlossenes Gesetz zu mobilisieren.

Kooperationen und Allianzen dienen Legitimation, Ressourcenbeschaffung und politischer Absicherung und sind häufig Ergebnis gezielter Infiltration von NGOs, staatlichen Institutionen und Parteien durch Aktivistinnen und Aktivisten aus dem ideologischen Umfeld der MB. Derartige

---

470 <https://www.facebook.com/avusturyakulturfuari>; hier ein entsprechendes Posting zur 17. Messe im Mai 2024: <https://www.facebook.com/avusturyakulturfuari/posts/pfbid06L1zCMREUjvnEbGRUfuvxabB51yEz14axdvccz5Kh8YwAftNtMCcoLyx6iwJWol> [30.1.2026].

471 <https://schule-brennt4.webnode.at/demo-gg-kopftuchverbot/> [8.2.2026].

Zusammenarbeit, beziehungsweise Bündnisse schaffen einen Schutzschild gegen Kritik und staatliche Kontrolle, indem sie islamistische Akteure in breitere gesellschaftliche Netzwerke einbetten und deren Positionen als Teil eines pluralistischen Diskurses erscheinen lassen.

In diesem Handlungsfeld befindet sich die MB derzeit in der Phase der Einflussnahme.

## 10. Handlungsfeld: Gegner des Islamismus

Kritische Stimmen aus Wissenschaft, Medien und Politik werden, wie auch innermuslimische Kritiker, öffentlich diskreditiert, als islamfeindlich markiert und, wenn möglich, beruflich oder gesellschaftlich geschwächt. Klagsdrohungen und Klagen dienen dabei als gezieltes Druckmittel (Lawfare), um Kritiker einzuschüchtern und Debatten zu kontrollieren.

Innermuslimische Kritikerinnen und Kritiker handeln sich darüber hinaus den Vorwurf ein, von der österreichischen Regierung gekauft zu sein und werden in sozialen Medien als „Hausmuslime“ oder „Haustürken“ diffamiert.<sup>472</sup> Der Religionspädagoge Professor Ednan Aslan ist seit Jahren zentrales Ziel solcher Kampagnen. Projekte seines Instituts, die Akteure des politischen Islam kritisch beleuchten, werden regelmäßig mit Angriffen beantwortet, die seine wissenschaftliche Integrität infrage stellen.

Gleiches widerfuhr Professor Mouhanad Khorchide. Seine 2007 durchgeführte Befragung islamischer Religionslehrer zeigte unter anderem demokratiefeindliche Einstellungen und die Ablehnung zentraler Verfassungsprinzipien.<sup>473</sup> Die IGGÖ reagierte damals mit dem Vorwurf, die Studie diffamiere nicht nur die Religionslehrer, sondern die gesamte muslimische Gemeinschaft.<sup>474</sup>

---

472 So bezeichneten etwa die ehemalige Funktionärin der Muslimischen Jugend, Duda Kücükgöl, der Politikwissenschaftler Farid Hafez und der ehemalige Erdoğan-Lobbyist und Gründer der Migrantenpartei SÖZ, Hakan Gördü, den islamischen Religionspädagogen Ednan Aslan als „Hausmuslim“. Entsprechende Screenshots befinden sich im Besitz der Autoren.

473 Erich Kocina: Khorchide-Studie: Islam-Lehrer als Problemfall, in: Die Presse, 24.6.2009: <https://www.diepresse.com/447494/khorchide-studie-islam-lehrer-als-problemfall> [30.1.2026].

474 OÖ Nachrichten: Regierung lässt die Vorwürfe gegen Islam-Lehrer nochmals prüfen, 31.1.2009: <https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/Regierung-laesst-die-Vorwuerfe-gegen-Islam-Lehrer-nochmals-pruefen;art385,102750> [30.1.2026].

Der *European Islamophobia Report* von Farid Hafez und Enes Bayraklı ordnet Journalisten und Wissenschaftler, darunter auch zwei der Autoren dieses Buches, pauschal einem von ihnen konstatierten islamophoben Netzwerk zu und verwischt bewusst die Grenze zum Rechtsextremismus, um Kritik am Islamismus systematisch zu delegitimieren.<sup>475</sup>

Die österreichische *Dokumentationsstelle Politischer Islam* sowie einzelne Mitglieder ihres wissenschaftlichen Beirats sehen sich ebenfalls wiederkehrenden Kampagnen ausgesetzt, die das Ziel verfolgen, die einzige Institution im deutschsprachigen Raum, die sich wissenschaftlich mit dem politischen Islam befasst, zu diskreditieren und ihre Schließung zu erreichen. In diesem Kontext bezeichnet Farid Hafez den Begriff „politischer Islam“ als „Kampfbegriff neurechter Strömungen“.<sup>476</sup>

Parallel dazu werden in sozialen Medien und über verschiedene mediale Kanäle jene Staaten diskreditiert, die die MB verboten haben oder ihr kritisch gegenüberstehen – etwa die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten – sowie Länder, die über restriktive Maßnahmen nachdenken, darunter Frankreich und Österreich. So behauptet Farid Hafez etwa auf TRT, die Ermittlungen der „Operation Luxor“ in Österreich seien von den VAE initiiert worden.<sup>477</sup>

Das strategische Ziel all dieser Maßnahmen besteht darin, Kritik am politischen Islam als islamophoben und rassistischen Angriff auf alle Muslime umzudeuten. Auf diese Weise sollen kritische Positionen moralisch, politisch und gesellschaftlich delegitimiert und Kritikerinnen und Kritiker diskreditiert werden. In diesem Handlungsfeld befindet sich die MB in der Phase der Einflussnahme.

## II. Handlungsfeld: Mittel der Kriegführung

In Österreich hält die MB auch in diesem Handlungsfeld an der Strategie der Einflussnahme fest, die bewusst auf offene Gewalt verzichtet.

---

475 Offener Brief an von der Leyen; siehe auch: Heiko Heinisch: Kampfbegriff „Islamophobie“ – „Wissenschaft“ im Dienste des politischen Islam?, in: Mena Watch, 19.4.2017: <https://www.mena-watch.com/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> [30.1.2026].

476 Clemens Neuhold: „Sie befördern antimuslimischen Rassismus“, in: Profil, 29.11.2022: <https://www.profil.at/gesellschaft/sie-befoerdern-antimuslimischen-rassismus/402239940> [30.1.2026].

477 TRT: Farid Hafez: Vom Islamophobie-Forscher zum Terrorverdächtigen, 19.8.2025: <https://www.trtdeutsch.com/article/55c1dc3f200e> [30.1.2026].

Immer wieder treten allerdings Moscheegemeinden mit Predigten in Erscheinung, die Gewalt verharmlosen, als legitim verteidigen oder gar verherrlichen. In einer Wiener Moschee der *Islamischen Föderationen* (Milli Görüş) wurde im Rahmen einer Moscheestudie eine Predigt aufgezeichnet, in der der Dschihad anhand historischer Beispiele positiv hervorgehoben wurde.<sup>478</sup> Der Imam der Hidaya-Moschee in Wien wiederum, einer Moschee aus dem Netzwerk der MB, bezeichnet die Terroristen der Hamas 2014 in einer Predigt als „unsere Brüder“ und stellte die Frage, ob die arabischen Führer überhaupt Muslime seien. Wörtlich sagte er:

„Sie verraten unsere Brüder, die Führer der Hamas, die Führer des Widerstandes (qādat al-Ḥamās wa-qādat al-muqāwama) an unseren Feind, den Feind der Umma, damit sie sie vor den [Augen der] Menschen töten. Tut so etwas ein Muslim? Ist [Abd al-Fattah as-] Sisi ein Muslim? Ist Bashar [al-Assad] ein Muslim? Ja, ich sage es ganz offen: Sind das Muslime?“<sup>479</sup>

Über Predigten, Bildungsangebote und mediale Kanäle erzeugt das Netzwerk der MB damit ein Umfeld, in dem radikale Positionen gedeihen können. Es schafft Resonanzräume für extremistische Ideologien, ohne sich selbst offen zu kompromittieren. Damit befindet sich die MB in diesem Handlungsfeld in der zweiten Phase.

---

478 Heiko Heinisch, Imet Mehmedi et al: Die Rolle der Moschee im Integrationsprozess, Wien 2017, S. 69–71.

479 Dokumentationsstelle Politischer Islam (DPI): Politischer Islam auf Gemeindeebene. Die Islamische Vereinigung in Österreich (IVÖ), Wien 2022, S. 29f.